Gabriel betont Friedensverantwortung der Religionen

23. Mai 2017

Berlin (KNA) Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat die Verantwortung von Religionsgemeinschaften für den Frieden betont.

Er habe Vertrauen „in das große Friedenspotenzial“ der Religionen, sagte Gabriel am Montag zur Eröffnung der internationalen Konferenz „Friedensverantwortung der Religionen“ im Auswärtigen Amt. An der dreitägigen Konferenz nehmen rund 100 Vertreter von Religionsgemeinschaften aus Nord- und Westafrika, dem Nahen und Mittleren Osten und Europa teilt. Gabriel verwies auf die Grundaussagen aller Religion zu Frieden, beklagte aber zugleich den Missbrauch von Religion zu machtpolitischen Zwecken und der Rechtfertigung von Gewalt.

Es gehöre zur Verantwortung der Religionen, „nicht zur Spaltung, Radikalisierung und zu Konflikten beizutragen“. Der Großmufti in Bosnien und Herzegowina, Reis-ul-ulema Husein Kavazovic aus Sarajevo, betonte, dass auch der Islam zum Frieden aufrufe. Er beklagte zugleich, dass es in der islamischen Welt zu Radikalisierungen komme. Nach dem Koran dürfe es „keinen Zwang im Glauben und keine Übertreibung in der Ausübung der Religion geben, so der Großmufti. Der Jerusalemer Oberrabbiner David Rosen führte den Missbrauch von Religion darauf zurück, dass diese auch der Abgrenzung und Identitätsstiftung von Gruppen diene. Er empfahl, die Religionen stärker bei politischen Friedensbemühungen einzubeziehen: „Wenn wir nicht wollen, dass Religion Teil des Konflikts bleiben, müssen sie zum Teil der Lösung gemacht werden“, so Rosen.

Die Vorsitzende des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, Agnes Abuom, hob den Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit hervor. Mit der Konferenz zur „Friedensverantwortung der Religionen“ führt das Auswärtige Amt erstmals einen engen und organisierten Austausch mit Repräsentanten von Religionsgemeinschaften aus einer Vielzahl von Ländern und Regionen durch. Ziel der Begegnung sei es, das gesellschaftliche Friedenspotenzial der verschiedenen Religionen in ihren Regionen zu diskutieren und stärker mit der deutschen Außenpolitik zu verzahnen. Langfristig will das Außenministerium demnach Religionsgemeinschaften, die gemeinsame Interessen wie Frieden und Stabilität vertreten, als strategische Partner für ein tragfähiges Netzwerk gewinnen.

(KNA – rkpmm-89-00049)

Stand: 25. November 2026